



Gute Presse

Die Freiheit der Presse ist eine große demokratische Errungenschaft, deren Wert viele Deutsche, aber längst nicht alle zu schätzen wissen. Noch können Journalisten in Deutschland unbehelligt recherchieren, analysieren, berichten und Fehlverhalten aufdecken. Aber unabhängiger Journalismus gefällt nicht allen. Die Arbeit von engagierten Reportern kann dazu führen, dass Politiker stürzen; sie können auch andere Mächte und deren Handlungen ins Licht setzen, die lieber im Dunkeln bleiben. Deshalb sind Reporter immer wieder Ziel von Einschüchterungsversuchen, sie werden angegriffen, inhaftiert und ermordet.

Guter Journalismus setzt unabhängige Reporter voraus, aber auch verantwortungsbewusste, die möglichst frei von Eitelkeit und Gefallsucht sind und es sich verkneifen können, Fakten zugunsten der eigenen Gesinnung zu beugen.

Guter Journalismus muss alle Seiten einer Medaille darstellen, verschiedene Stimmen hören



Deutsche und Russen, das ist Krieg und Frieden, Faszination und Fremdheit, intellektueller Glanz und engstirnige Mutlosigkeit, bedeutungsschwere Vergangenheit – und auch Zukunft?



Peter Koepf, Chefredakteur

und gelten lassen und die Wirklichkeit aus allen Blickwinkeln betrachten; es gibt nie die eine Wahrheit.

Richtig verstandener Journalismus steht auf der Seite der Menschen, nicht der Macht.

Es ist nicht Aufgabe der Medien, die Scheinwerfer auf die Mächtigen, Einflussreichen zu werfen, damit diese glänzen. In einer Demokratie verstehen sich die Medienmacher nicht als Hofberichterstatter, sondern als Kontrollinstanz. Und so versteht es auch das Publikum. Deshalb muss eine Zeitung, die glaubwürdig sein will, sich gegen unlautere Einflussnahme der Mächtigen behaupten und schützen.

In Deutschland sind Zeitungen weder Eigentum des Staats noch Teil von Wirtschaftsimperien. Wem eine Zeitung gehört, weist das Impressum aus. Verleger, Herausgeber und Redaktion dieser ungewöhnlichen deutsch-russischen Zeitung stehen für guten Journalismus – für Wahrheit, Überparteilichkeit, Unabhängigkeit.

Wer den Dialog predigt, muss auch Stimmen Raum geben, die der eigenen Meinung entgegenstehen. In diesem Sinne findet sich in dieser Ausgabe eine Debatte über die Einschränkungen der russischen Sprache in der Ukraine, ein Bericht über die beispielhafte Solidaritätsaktion russischer Medien für bedrohte Kollegen, die Erörterung der Bedeutung des Falls Relotius aus russischer Sicht und eine eigenwillige Antwort auf die Frage, wer einer Wiedervereinigung Moldaus mit Transnistrien im Weg steht. Und in der nächsten Ausgabe könnte es Antworten darauf geben. So geht Dialog.

Dialog von Introvertierten

Politiker in Russland und in der EU werden einer Zivilgesellschaft neuen Typs Gehör schenken müssen

VON FJODOR LUKJANOW

Vor zehn Jahren, im Herbst 2009, hatte die Beziehung zwischen Russland und der Europäischen Union (EU) eine Perspektive. Präsident Dmitri Medwedew hatte gerade seinen Artikel „Russland, vorwärts!“ veröffentlicht. Er enthielt eine weitreichende Kritik am Zustand des Landes und den Aufruf zur Modernisierung und wurde allseits diskutiert. Ein Jahr nach dem Konflikt in Süd-Osetien war es zu einer grundlegenden Entspannung der Lage gekommen, der amerikanische Begriff des Relaunchs – oder Neustarts – ließ auf eine neue Etappe der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hoffen.

Die EU zeigte ebenfalls freudige Erwartung. Die Krise im Zusammenhang mit dem vier Jahre zurückliegenden Scheitern der Verfassung für Europa war überwunden, die Unterzeichnung einer abgespeckten Version in Gestalt des Lissabon-Vertrags wurde vorbereitet.

Kurz gesagt, der Himmel hellte sich auf.

Ich erwartete große Veränderungen und sagte damals in einem Seminar über die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union in Berlin, es sei unmöglich, die Zukunft vorherzusagen. Es sei unklar, wie es um alle Akteure einschließlich der EU nach fünf Jahren stehen werde. Meine Zuhörer, hochrangige und kompetente Vertreter der politischen und intellektuellen Elite, begannen zu lachen und gaben zu verstehen, was sie meinten: Das ist bei euch in Russland so, dass nie etwas klar ist, in der EU dagegen lässt sich alles ziemlich exakt vorhersagen. In fünf Jahren, in zehn Jahren werde alles genau so sein, nur besser.

Einige Monate danach begann für die EU eine lange Zeit der Krisen: Auf die Schuldenkrise folgten die Migrationswelle, der Ukraine-Konflikt, das Referendum in Großbritannien und die rasante Erosion der politischen Kräftekonstellation in den führenden EU-Staaten bei gleichzeitigen unerwarteten Manövern des transatlantischen Schutzpatrons. Die schnelle Aufeinanderfolge der Ereignisse zeigte eindeutig, dass es sich nicht um ein zufälliges Versagen, sondern um ein systemisches Problem handelt.

Auch Russland hat seitdem seinen Ruf als Land der ständigen „kreativen Unruhe“ bestätigt. Die politischen Erwartungen der „Ära der Modernisierung“ wurden von einer anderen Wirklichkeit abgelöst, und die Ukraine-Krise wurde zu ihrem Katalysator, aber sie war nicht die Ursache. Der harte Konflikt mit dem Westen erwies sich als Kulminationspunkt seit langem reifender konzeptioneller Gegensätze, die schon mit dem Ende des Kalten Kriegs angelegt worden waren.

Gegenwärtig dominiert in den Beziehungen zwischen Russland und der EU die Wachsamkeit. Das ist zugleich schlecht und gut. Schlecht deshalb, weil das Vertrauen in der zurückliegenden Zeit stark erschüttert wurde, vor allem infolge der enttäuschten

Gegenwärtig dominiert in den Beziehungen zwischen Russland und der EU die Wachsamkeit

Erwartungen. Gut deshalb, weil eben diese unerfüllten Erwartungen zu einer spürbaren Ernüchterung geführt haben, und die Seiten nunmehr wesentlich besser verstehen, was möglich ist und was Fantasien sind.

Die vor 30 Jahren proklamierte Ära der Errichtung eines „gesamteuropäischen Hauses“ ist endgültig abgeschlossen, was jedoch nicht bedeutet, dass diese Baustelle jetzt dem Unkraut preisgegeben ist. Wie sich das Geschehen in der Welt auch entwickeln mag, das Wechselwirken im Rahmen des geografischen Europas wird und muss weitergehen.

Konnte man vor zehn Jahren die Veränderungen anhand von Empfindungen und Vorahnungen prognostizieren, so sind sie nunmehr durch sichtbare Prämissen determiniert. Die europäische Integration nach dem Modell der diesbezüglich erfolgreichen zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und des „Upgrades“ nach dem Kalten Krieg funktionierte nicht mehr.

Dafür gibt es viele Gründe, vor allem die tiefgreifenden Veränderungen des internationalen Kontexts. Über einen

weiteren Umstand wird zwar viel geredet, aber es gibt noch keine Antwort. Es geht um die Demokratie und den Entscheidungsprozess.

Es ist kein Geheimnis, dass die zu Beginn der 1950er-Jahre in Gang gesetzte europäische Integration kein wirklich demokratischer Prozess war. Das ist auch nicht verwunderlich. Es ist nicht vorstellbar, dass die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, also der Zusammenschluss der Aufsicht über strategische Industrien Frankreichs und Deutschlands, zustande gekommen wäre, wenn man diese Idee 1951, also sechs Jahre nach der blutigsten Auseinandersetzung in der Geschichte der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten, in einem Referendum zur Abstimmung gestellt hätte.

Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts blieb der Integrationsprozess eine höchst elitäre Angelegenheit, die Entscheidungen wurden von den politischen und wirtschaftlichen Spitzen auf der Grundlage kalkulierter Interessen und Expertenmeinungen getroffen. Die wichtigste Voraussetzung bestand jedoch darin, dass sie es stets vermochten, dem einfachen Europäer nahezubringen, dass diese oder jene Entscheidung für ihn persönlich vorteilhaft sei.

Im 21. Jahrhundert hat sich diese Situation verändert. Die zunehmend komplizierte Integration in einer gewachsenen EU machte es fast unmöglich, den Sinn der immer ausgeklügelteren rechtlichen und bürokratischen Festlegungen verständlich darzulegen, die für die Verwaltung und Entwicklung der EU notwendig waren. Der letzte verständliche Schritt war wohl die Einführung der einheitlichen Währung, des Euro.

Später ging es dann um völlig verworrene Themen. Den 800-seitigen Wortlaut der Europäischen Verfassung, eines komplizierten juristischen Dokuments, konnte fast niemand von jenen erfassen, die darüber abstimmen sollten. Das gilt auch für andere Angelegenheiten, sowohl praktischer als auch abstrakter, wertbezogener Natur, die nach Auffassung der politischen Klasse notwendig sind,

Falsche Liebe

Weshalb Ost- und Westdeutsche die Russlandpolitik so unterschiedlich beurteilen

VON STEFAN LOCKE

Die deutsche Einheit ist seit fast 30 Jahren Wirklichkeit, doch die innere Einheit lässt auf sich warten: Statistiken zu Bevölkerung, Demographie und Wirtschaft weisen große Unterschiede zwischen den Gebieten der einstigen Bundesrepublik und der DDR aus, die stets aufs Neue die Frage aufwerfen: Wie lange noch benötigt der Osten bis zur Angleichung an das Westniveau?

Damit ist klar, dass der Westen als Normalfall betrachtet wird, an den der Osten sich anpassen müsse, wozu er zumindest in den genannten Kategorien durchaus auch bereit ist. Komplizierter ist es jedoch mit der Anpassung von Ansichten und Erfahrungen, die nach der 40 Jahre währenden Teilung Deutschlands nicht nur in zwei Länder, sondern in zwei völlig verschiedene Gesellschaftssysteme, zwangsläufig unterschiedlich sein müssen.

Immer wieder für heftige Kontroversen sorgt dabei das Verhältnis der Deutschen zu Russland. Das war erst jüngst zu erleben, als Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer beim Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg für ein baldiges Ende der EU-Sanktionen gegen Russland plädierte und den russischen Präsidenten Wladimir Putin nach Dresden einlud. Während der Vorstoß im Westen Deutschlands überwiegend skeptisch kommentiert wurde, war im Osten lautstarke Zustimmung zu hören.

Zuzustimmen ist Kretschmer auch in seiner nüchternen Feststellung, in Ostdeutschland gebe es eine eigene Meinung zu dem Thema. Das weiß er so genau, weil die deutsch-russischen Beziehungen bei nahezu jedem seiner Bürgergespräche angesprochen werden. Es sind vor allem ältere Menschen in Ostdeutschland, die auf die Russlandpolitik der Bundesregierung und des Westens mit Ablehnung und Unverständnis reagieren.

Das alles sieht jedoch einhelliger aus, als es ist. Tatsächlich haben viele Ostdeutsche ein ziemlich ambivalentes Verhältnis zu Russland – wie im Übrigen auch zu den USA. Die Älteren im Osten haben „die Russen“ als Befreier und Besatzer kennengelernt. Vierzig Jahre lang waren eine halbe Million Sowjetsoldaten auf dem Gebiet der DDR stationiert. Das eher kleine Ostdeutschland hatte

nicht nur die kompletten Reparationen für die Kriegsverheerungen (Gesamt-)Deutschlands in der Sowjetunion zu leisten – meist als Demontagen von Betrieben und Infrastruktur wie Bahngleisen –, sondern musste bis 1989 auch für Unterkunft, Verpflegung und Gehälter der Besatzungsarmee aufkommen.

Die SED-Führung war eine Marionette Moskaus und für die DDR-Bevölkerung die Mitgliedschaft in der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft (DSF) genauso obligatorisch wie der Russischunterricht in der Schule, den viele als lästige Pflicht empfanden. Begegnungen mit Sowjetsoldaten gab es fast nur im offiziellen Rahmen, private Kontakte waren meist verboten. Angesichts dieses Erlebens war es mit der Russland-Liebe zu DDR-Zeiten nicht weit her. Im Gegenteil: Als die Truppen 1994 auch aus Dresden abzogen, sprach der damalige Oberbürgermeister Herbert Wagner offiziell von einem Abschied, „der uns nicht mit Trauer erfüllt“.

Andererseits haben persönliche Begegnungen ein differenziertes Bild vermittelt, am intensivsten bei den Ostdeutschen, die in der Sowjetunion studieren durften oder eine der begehrten Reisen in das Riesenreich machen konnten. Wer jemals in Russland oder den einstigen Sowjetrepubliken unterwegs war, kann bestätigen, wie freundlich, wissbegierig und herzlich die Reisenden von den Menschen aufgenommen wurden.

Diese Erlebnisse dürften jenen der Westdeutschen ähneln, die in den USA zur Schule gingen, studierten oder Urlaub machten. Solche Erfahrungen prägen das Verhältnis zu einem Land und seinen Menschen, und sie sind gerade bei den älteren Deutschen in Ost und West zwangsläufig sehr verschieden.

Anders als im Westen, wo das Feindbild Russland jahrzehntelang so intensiv gepflegt wurde wie im Osten das der USA, ist die Angst vor „den Russen“ bei den Menschen im Osten nicht sonderlich ausgeprägt, während sich Amerikanern gegenüber bis heute eine gewisse Skepsis hält. Für Westdeutschland wiederum gilt der umgekehrte Befund.

Grundlage der gegenwärtigen Zuwendung zu Russland im Osten ist je-

#10

IN DIESER AUSGABE:

Die Ehrung eines Mannes aus Moskau, der die Welt rettete (S. 7)

Die Erinnerungen eines Wachsoldaten an einen Kriegsverbrecher (S. 14)

Die Geschichte der verhängnisvollen Lehrjahre der deutschen Kommunisten im Hotel Lux (S. 16)

Die russische Ausgabe des Petersburger Dialogs liegt der Tageszeitung Kommersant bei.

FORTSETZUNG VON SEITE 1  
„FALSCHER LIEBE“

doch auch eine falsche Liebe zu dem Reichen, die vor allem ein Produkt der schwierigen Zeit des Umbruchs nach der Wiedervereinigung ist, als im Osten quasi über Nacht hunderttausende Menschen ihre Arbeit und damit ihr bisheriges Leben verloren und sich einem schier übermächtigen Westen ausgeliefert sahen. Die Sympathien für Putin und sein Handeln entspringen bei diesen Leuten eher einer inneren Auflehnung gegen den Westen, der nach Ansicht vor allem eines Teils der älteren Ost-Generationen seine Lebensweise jetzt noch weiter nach Osten exportieren will.

Immer wieder vertreten wird dabei auch die falsche und von Michail Gorbatschow längst dementierte These, wonach die Nato der Sowjetunion für die Zustimmung zur Deutschen Einheit versprochen habe, nicht nach Osten zu expandieren. Dabei übersehen deren Verfechter leichtfertig das Selbstbestimmungsrecht der Länder Osteuropas und den erklärten Willen der Mehrzahl ihrer Einwohner.

Nicht negiert werden darf jedoch, dass es auch im Osten Deutschlands viele Menschen gibt, die sehr wohl die Begründung für die Sanktionen gegen Russland nachvollziehen können. Auch sie wollen nicht, dass diese aufgehoben werden, solange Putin die Krim widerrechtlich besetzt hält und den Krieg in der Ost-Ukraine mit Geld, Waffen und Soldaten fördert. Das sieht im Übrigen auch Michael Kretschmer so.

Dass er für seinen – freilich auch mit Blick auf die Landtagswahl geäußerten – Vorschlag in Sachsen und Ostdeutschland so großen Zuspruch bekommt, liegt aber auch daran, dass die Folgen der Sanktionen Ostdeutschland viel stärker treffen als den Westen. Manch ostdeutschem Maschinenbauer, der seine Kontakte mit Russland reaktiviert hatte, ging durch die Sanktionen viel Umsatz verloren, einige schlitterten gar in die Pleite, Landwirte verloren aufgrund russischer „Gegensanktionen“ ihre Absatzmärkte.

Diese Entwicklung trifft die vergleichsweise schwache Ost-Wirtschaft gleich doppelt, doch das wird in Westdeutschland kaum wahrgenommen. Gerade Ostdeutsche fragen sich deshalb, ob dies auch hingenommen würde, wären die Folgen für den Westen ähnlich.

Stefan Locke ist politischer Korrespondent für Sachsen und Thüringen für die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

qd

#### IMPRESSUM

**Verleger**  
Detlef W. Prinz

**Herausgeber**  
Johann Michael Möller  
Witali Nikititsch Ignatenko

**Chefredaktion**  
Peter Koepf  
Viktor Loschak

**Chef vom Dienst**  
Lutz Lichtenberger

**Gestaltung**  
Paul Maria Kern (Art Director)  
Johanna Trapp (Layout)

**Druck**  
Axel Springer SE  
Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG  
Brunsbütteler Damm 156 – 172  
13581 Berlin

**Redaktionsschluss**  
12. Juli 2019

**Verlag**  
Times Media GmbH  
Tempelhofer Ufer 23 – 24  
10963 Berlin

*Petersburger Dialog* ist eine geschützte Marke der Times Media GmbH.

[www.times-media.de](http://www.times-media.de)  
[www.petersburgerdialog.de](http://www.petersburgerdialog.de)  
[www.newspaper-petersburger-dialog.ru](http://www.newspaper-petersburger-dialog.ru)

**Fragen, Anregungen, Kritik?**  
redaktion@times-media.de



In Spandau was Neues? Rudolf Hess starb 1987 im dortigen Kriegsverbrechergefängnis, Andrei Plotnikow spekuliert über die Todesumstände.

## Spandauer letzte Tage

Andrei Plotnikow meldet in einem in Russland erschienenen Buch Zweifel an der Geschichte der letzten Tage von Rudolf Heß an. Haben die Westalliierten einen unangenehmen Abschiedsbrief unterschlagen?

Das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg gegen Rudolf Heß lautete auf lebenslänglich. Gemeinsam mit sechs weiteren Hauptkriegsverbrechern der NSDAP wurde der „Stellvertreter des Führers“ am 18. Juli 1947 in einem Flugzeug der britischen Royal Air Force nach Berlin gebracht. Am Flughafen stiegen sie unter schärfster Bewachung in einen Bus, der sie in ein Gefängnis im Westen von Berlin fuhr, das von diesem Zeitpunkt an den Namen Kriegsverbrechergefängnis Spandau tragen sollte.

Nach der Ankunft in Spandau erhielt jeder Häftling eine persönliche Nummer zugeteilt, entsprechend der Reihenfolge, in der sie aus dem Bus stiegen. Als letzter verließ Rudolf Heß den Bus, Häftling Nr. 7. Von diesem Moment an wurden die Männer nicht mehr mit Namen, sondern mit ihrer Nummer angesprochen. Gemeinsam arbeiteten sie, gemeinsam besuchten sie die Gefängniskirche und gemeinsam gingen sie spazieren. Aber sie waren in Einzelzellen untergebracht und durften nicht miteinander reden.

Im Winter klebten die Insassen im Gefängnisgebäude Briefumschläge. In der warmen Jahreszeit arbeiteten sie im Innenhof des Gefängnisses, in dem frühere Häftlinge ihre Hofgänge gemacht hatten. Den Gefangenen oblag es, die Haftanlagen in Ordnung zu bringen. Hauptplaner und Gestalter des Gefängnisgartens war Häftling Nr. 5, Albert Speer. Unter seiner Leitung legten die Männer Wege und kleine Beete an, für deren Pflege es persönlich Verantwortliche gab. Untereinander nannten sie diesen Ort den „Speer-Garten“ oder das „Speer-Paradies“.

Die Häftlinge durften alle zwei Monate Besuch von Verwandten empfangen, einzeln und jeweils 15 Minuten lang. Den Gefangenen war es erlaubt, höchstens einen Brief pro Monat zu schreiben oder zu empfangen. Die Gefängnisverwaltung kontrollierte die gesamte eingehende und ausgehende Korrespondenz.

Am 1. Oktober 1966 hatten Baldur von Schirach und Albert Speer ihre 20-jährigen Haftstrafen abgesessen. Von diesem Tag an hatte das Kriegsverbrechergefängnis Spandau nur noch einen Häftling: Rudolf Heß.

Heß kam 1894 in Alexandria zur Welt, sein Vater betrieb dort eine Importfirma. Ägypten war zu dieser Zeit britische Kolonie. Heß besuchte eine Handelsschule in der Schweiz, später ging er nach München. Im ersten Weltkrieg meldete er sich als Freiwilliger an die Front, wurde zweimal verwundet, erhielt das Eisener Kreuz zweiter Klasse und wurde zum Leutnant befördert. Auf seine persönliche Bitte hin ließ er sich zum Flugzeugführer ausbilden und an die Front versetzen. Aber da war der Erste Weltkrieg zu Ende, und der Leutnant wurde aus dem Dienst entlassen.

1919 schrieb Heß sich an der Münchner Universität ein, 1920 begegnete er Hitler, als dieser in einer Rede in einem Münchner Bierhaus den Verräter der deutschen Regierung an den Frontsoldaten anprangerte. Heß teilte seine Ideen, und mit diesem Tag begannen ihre Freundschaft und ihre Zusammenarbeit. Bald darauf wurde Hitler zum

Führer der NSDAP und Heß zu seinem Sekretär.

Beim Hitlerputsch 1923 führte dieser ein studentisches SA-Bataillon an. Danach saß er gemeinsam mit Hitler in der Festung Landsberg in Haft. Hitler arbeitete an seinem Buch „Mein Kampf“, und Heß übernahm mehrere Funktionen gleichzeitig: Er war Diskussionspartner, Schreibkraft, erster Zuhörer und Berater. Zudem spiegelten sich in Hitlers Buch die „Lebensraum“-Thesen des Professors für Geopolitik Karl Haushofer wider, dessen Schüler Heß gewesen war.

Nach der Haftentlassung nahm Hitler den Kampf um die Zulassung der NSDAP zu den Reichstagswahlen auf. Heß war immer an der Seite seines „Führers“, ein Titel, der auf ihn zurückgeht. Im Dezember 1932 ernannte Hitler Heß zum Vorsitzenden der Politischen Zentralkommission der NSDAP. 1933 wurde Hitler Reichskanzler, Heß „Stellvertreter des Führers“. Bald darauf wurde er zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Mitglied der Regierung. Ihm oblag die Kontrolle aller Aktivitäten der Regierung und aller Regierungsorgane im Hinblick auf die Einhaltung der NS-Ideologie. Er trieb auch maßgeblich die Umsetzung des faschistischen Rassenhygieneprogramms voran.

Am 10. Mai 1941 flog Heß mit einer zweimotorigen Messerschmitt Bf 110 von Augsburg nach Großbritannien. Er versuchte die Engländer davon zu überzeugen, dass sie keine Chance hätten, den Krieg zu gewinnen, weshalb es sinnvoll sei, Frieden zu schließen. Hitler brauchte den Frieden mit Großbritannien, um ungehindert in die UdSSR einmarschieren zu können. Der deutsche Plan eines Überfalls auf die UdSSR stand schon fest, das wusste Heß, und es ist sehr wahrscheinlich, dass er Großbritannien vorschlug, an diesem Feldzug teilzunehmen. Premierminister Winston Churchill lehnte jedes Gespräch ab, und Heß blieb bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs als Kriegsgefangener in Großbritannien, bevor er im Herbst 1945 nach Nürnberg überstellt und vor dem Internationalen Militärgerichtshof angeklagt wurde.

Als Heß schließlich als einziger Häftling im Spandauer Gefängnis übriggeblieben war, wurde das alliierte Wachpersonal verringert, und mit der Zeit erhielt er wegen des fortgeschrittenen Alters Haft erleichterungen. Zum Beispiel wurde im Gefängnisgarten ein kleines Häuschen errichtet, in dem der Häftling während seiner Spaziergänge ausruhen konnte.

Am 17. August 1987 brachte der Wächter Anthony Jordan, ein Afroamerikaner, den Häft-

ling Nr. 7 zum Spaziergang in den Garten und ließ ihn vorschriftswidrig unbeaufsichtigt im Gartenhäuschen zurück. Einige Zeit später warf der Soldat einen Blick in das Häuschen und sah Heß auf dem Boden liegen. Um seinen Hals war ein Stromkabel gebunden, dessen anderes Ende am Fenstergriff befestigt war. Der Häftling war bewußtlos. Jordan meldete den Vorfall seinem diensthabenden Vorgesetzten. Aber es war zu spät: Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos, im britischen Militärhospital konnte nur noch der Tod festgestellt werden.

Da das Kriegsverbrechergefängnis Spandau sich im britischen Sektor Berlins befand, untersuchte die britische Militärpolizei der Umstände von Heß' Tod. Ergebnis: Häftling Nr. 7 hatte Suizid begangen. Ein Abschiedsbrief schien das zu bestätigen.

Die Ermittlungsakten wurden anschließend zur geheimen Verschlussache erklärt. Heß' Leiche wurde seiner Familie übergeben, das Kriegsverbrechergefängnis Spandau abgerissen. Die vier Alliierten erhielten Kopien des Gefängnisarchivs, die Originale wurden vernichtet.

Seit 2013, 25 Jahre nach Abschluss der Untersuchung über den Todesfall, sind die Akten frei zugänglich. Sie enthalten eine Reihe von Unstimmigkeiten und offensichtlichen Fälschungen.

Die Analyse der politischen Weltlage von 1987, der Gegebenheiten in dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis zu jener Zeit und der Ermittlungsakten der britischen Militärpolizei drängen den Verdacht auf, dass Heß keinesfalls ernsthaft vorhatte, vorzeitig aus dem Leben zu scheiden.

Im März 1987 war Heß in kritischem Zustand ins britische Militärhospital eingeliefert worden, seither wusste er, daß die nächste Erkrankung für ihn verhängnisvoll sein könnte. Er wollte nicht im Gefängnis sterben, aber um freizukommen, war es notwendig, sich möglichst lautstark der Öffentlichkeit und den alliierten Stadtkommandanten in Erinnerung zu bringen.

Eine Möglichkeit dazu war ein vorgetäuschter Selbstmord, was Heß schon mehrfach während der langen Jahre der Haft unternommen hatte. Die Überlebenschancen waren groß, die britischen Ärzte hatten ihre Fähigkeiten ja mehrfach bewiesen. Aber der „Abschiedsbrief“ in seiner Tasche, in dem er sich über die schlechte Behandlung von Seiten der Gefängnisverwaltung beklagte, was als vorgeblicher Grund für den Selbstmordversuch diente, sollte in sämtlichen Presseorganen erscheinen und Reaktionen hervorrufen.

Am 17. August, nachts um 2 Uhr, trat Heß aus seiner Zelle in den Gang hinaus und sah, dass dort der Amerikaner Nowak Dienst tat. Das bedeutete, dass während des nachmittäglichen Spaziergangs Jordan bei ihm sein würde, der Wächter, gegen den Heß wegen dessen Hautfarbe bereits protestiert hatte.

Aus den Akten der britischen Militärpolizei lassen sich die damaligen Ereignisse rekonstruieren. Heß betrat das Gartenhäuschen und schloß die Tür hinter sich. Jordan blieb draußen, er setzte sich auf die Bank unter einen Baum. Heß trennte das Elektrokabel von der Stehlampe, befestigte ein Ende des Kabels am Fenstergriff und legte sich rücklings auf die Erde unter dem Fenster, so dass er mit den Schultern an der Wand lehnte. Dann machte er einen einfachen Knoten in das Kabel und legte sich die Schlinge um den Hals. Schließlich wand er sich das Kabel ein weiteres Mal um den Hals und wartete.

Heß kalkulierte, dass er womöglich das Bewusstsein verlieren würde, aber nicht ersticken könne, weil er fast ganz auf dem Boden lag. So würde ihn der Wächter reanimieren, wie schon viermal zuvor.

Sein Wächter Jordan hatte während dieser Zeit unter dem Baum gesessen, nach den Berechnungen der Militärpolizei ungefähr zehn Minuten. Dann beschloss er, den Gefangenen zu kontrollieren, und erblickte durch das Fenster den auf dem Boden liegenden Heß. Der Amerikaner war sofort klar, dass dieser Brief nicht an die Öffentlichkeit gelangen durfte.

Tatsächlich ist ein älterer Abschiedsbrief von Heß aus dem Jahr 1969 erhalten. Damals hatte er einen Magendurchbruch erlitten und befand sich in Lebensgefahr. Es ist davon auszugehen, dass die Direktoren diesen alten Brief mit Hilfe eines Fotokopiergeräts auf die Rückseite eines Briefs übertrugen, den Heß kurz zuvor an seine Schwiegertochter geschrieben hatte, wobei man das Datum entfernte. In dieser Form ist er heute der ganzen Welt bekannt als der Abschiedsbrief des Rudolf Heß. Was tatsächlich in dem echten Abschiedsbrief des Häftlings Nr. 7 stand, das ist und bleibt wahrscheinlich das letzte Geheimnis des Kriegsverbrechergefängnisses Spandau.

Andrei Plotnikow war 1986 einer der Wächter Rudolf Heß' in der Justizvollzugsanstalt Spandau.

qd